MAX KNIE



15 JAHRE LÜBECKER ZEITGESCHICHTE

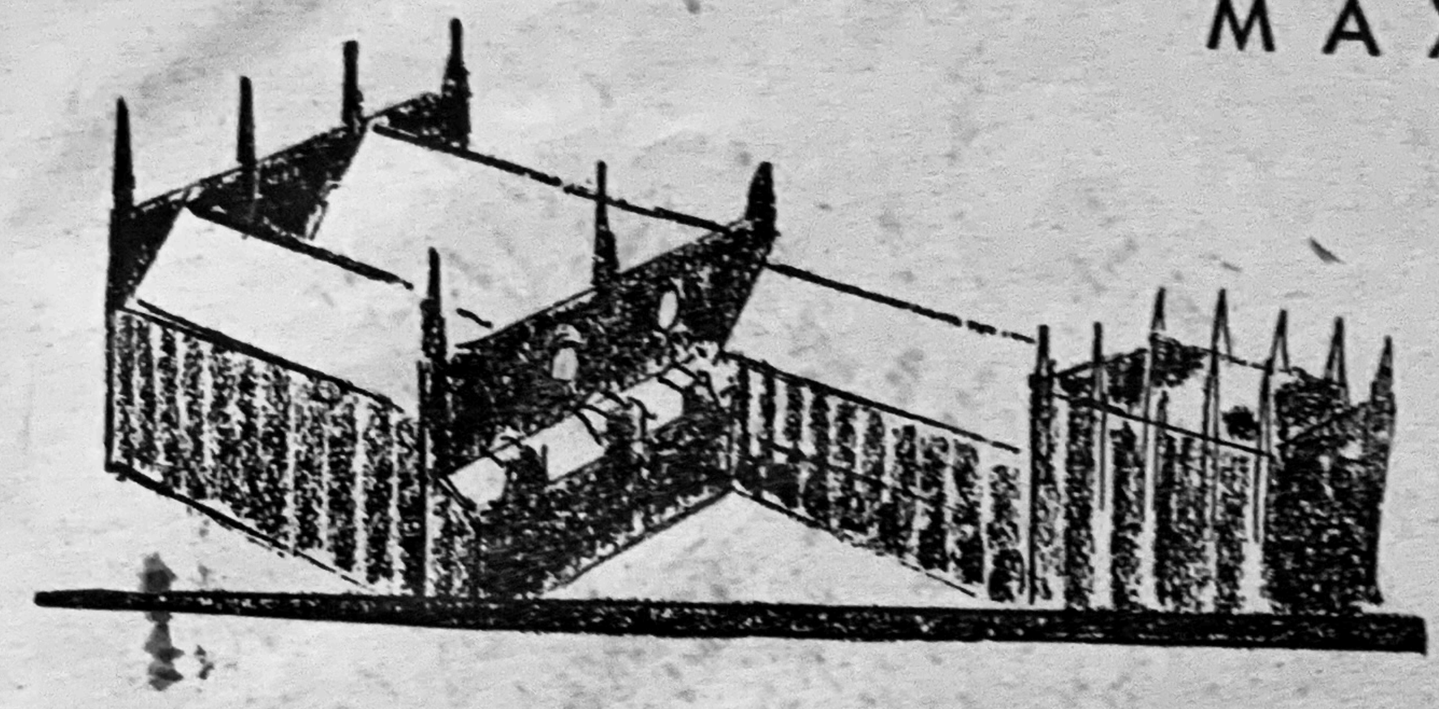
VON DER REVOLTE BIS ZUR NATIONALEN ERHEBUNG

VERLAG CHARLES COLEMAN, LÜBECK

Lub 8° 1560
mit Abbildgn

STADTBIBLIOTHEK LÜBECK

MAX KNIE



15 JAHRE LÜBECKER ZEITGESCHICHTE

VON DER REVOLTE BIS ZUR NATIONALEN ERHEBUNG

VERLAG CHARLES COLEMAN, LÜBECK

Am 6. März dieses Jahres stiegen auch über Lübeck das Hakenkreuz und die alte Reichsflagge siegreich empor. Dieser Tag brachte die Erfüllung der Sehnsucht von vielen Zehntausenden. Unübersehbare Menschenmassen drängten sich in den Straßen, auf denen die SA. und SS. heranmarschierte, um durch den feierlichen Flaggenwechsel auf dem Balkon des Rathauses auch äußerlich den Anbruch der neuen Zeit anzuzeigen.

Da war kein Gejohle und kein wüstes Durcheinander wie einst in den unseligen Novembertagen, da durch das Verbrechen Weniger ein ganzes Volk in abgrundtiefes Elend hineingestoßen wurde. Das Deutschlandlied, das Deutschlands blühende Jugend einst sang, als es gegen die Mauer der Feinde anlief und sie durchbrach, brandete wieder empor und jubelnd hoben sich die Arme der Massen den Freiheitskämpfern entgegen, die im dröhnenden Gleichschritt durch Lübecks Straßen zogen. Die innere Bewegung der Menschen war so groß, daß sie Tränen vergossen, Tränen der Freude, der Begeisterung. Die erhobenen Arme dankten dem Schöpfer, daß man diesen Tag erleben durfte.

Auch unsere Stadt hat schwer büßen müssen, daß man seinerzeit nicht den Mut und die Kraft aufbringen konnte, dem roten Matrosenspuk ein rasches Ende zu bereiten. Daß man den großsprecherischen Worten glaubte von Frieden, Arbeit und Brot, von allgemeiner Völkerverbrüderung. Ohne die Revolte wäre uns der Schandvertrag von Versailles erspart geblieben und all die furchtbare Not der 14 Jahre, die Deutschlands Wohlstand vernichteten. Der Geist von 1914, dieser einige nationale Wille, schien endgültig verloren zu sein. Das Volk zersplitterte in immer mehr Parteien und die Parlamente wurden zum Gespött der Welt. Auch unser Lübecker Bürgertum, Lübecks Wirtschaft erstickte unter ungeheuren Steuerlasten und ein Betrieb nach dem andern ging zugrunde. In den Straßen aber herrschte nur zu oft ein Zustand, der vom Bürgerkrieg nicht allzuweit entfernt war.

Sozialdemokraten vom Schlage Dr. Lebers und Dr. Solmitz'

wetteiferten mit den Kommunisten in der Verhetzung der Massen und manche blutige Tat hier und in der näheren Umgegend ist auf ihr Konto zu schreiben.

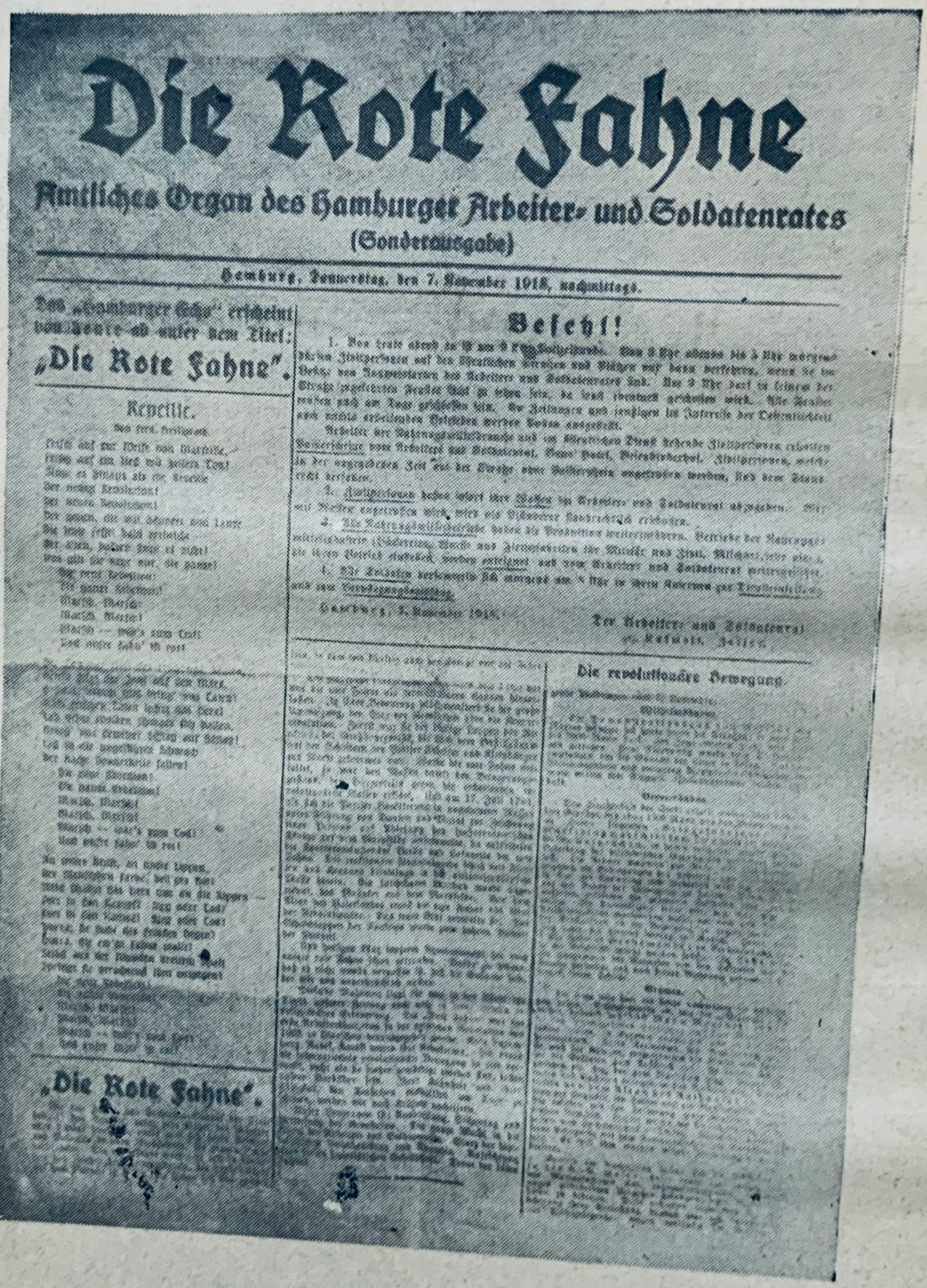
Die dumpfe Resignation nahm überhand. Angesichts der Unfähigkeit der Männer, die als Folge der Revolte nach oben gekommen waren, und die nur für sich selbst zu sorgen wußten und angesichts der Auspowerung des Volkes durch Schieber kein Wunder. Bis dann Adolf Hitler das Volk aufzurütteln begann und seine Ideen zu der größten Volksbewegung der Weltgeschichte führte, die von Sieg zu Sieg stürmte und am 6. März auch hier in Lübeck Schluß machte mit der marxistischen Mißwirtschaft.

* * *

Wir wollen in den nachfolgenden Artikeln die Geschichte Lübecks in den verflossenen fünfzehn Jahren schreiben. Diese fünfzehn Jahre waren auch für uns Jahre des Kampfes gewesen, der von uns immer mit rücksichtsloser Schärfe geführt wurde. Daher auch der Haß jener schon genannten Haupthetzer gegen unsere Zeitung, besonders gegen den Verfasser der Erinnerungen, ein Haß, der auch vor keinen persönlichen Verunglimpfungen und Bedrohung zurückschreckte. Wir wollen die verflossenen 15 Jahre in drei Abschnitte teilen, nämlich in die Zeit vom November 1918 bis Anfang 1921, dann in die Zeit bis zum Sturz des Bürgermeisters Dr. Neumann und in die Zeit bis zum 12. November 1933. Der zweite Abschnitt hängt mit dem Auftauchen Dr. Lebers in Lübeck zusammen, jenes Mannes, der geradezu zum Verhängnis für Lübeck wurde.

Man hat viel über seine Abstammung gesprochen. Daß er eine starke Persönlichkeit war, kann nicht bestritten werden. Er kam aus einem elsässischen Orte. Der dortige katholische Pfarrer hatte sich den Lebensweg dieses begabten Jungen ganz anders vorgestellt. Er ließ den Jungen die höhere Schule besuchen, wahrscheinlich, um ihn zu der geistlichen Laufbahn zu veranlassen. Leber zog 1914 in den Krieg und brachte es zum Leutnant. Nach dem Kriege wurde er bei der Reichswehr eingestellt. Der Kapputsch war das Ende seiner militärischen Laufbahn. Damals stand er in einer pommerschen Garnison. Sein Regiment erklärte sich neutral. Leber aber veranlaßte einige 90 Mann seines Regiments mit ihm in einen

kleinen pommerschen Ort zu ziehen, in dem er die öffentlichen Gebäude besetzen ließ. Als der Regimentskommandeur von dieser Extratour seines Leutnants hörte, schickte er in einigen Autos Patrouillen vor. Leber nun ließ auf diese Autos ohne Warnung Maschi-



Die Rote Fahne

Amtliches Organ des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates

(Sonderausgabe)

Hamburg, Donnerstag, den 7. November 1918, nachmittags.

Das „Hamburger Echo" erscheint vom heute ab unter dem Titel:

„Die Rote Fahne".

Revelle.

Befehl!

Die revolutionäre Bewegung.

„Die Rote Fahne".

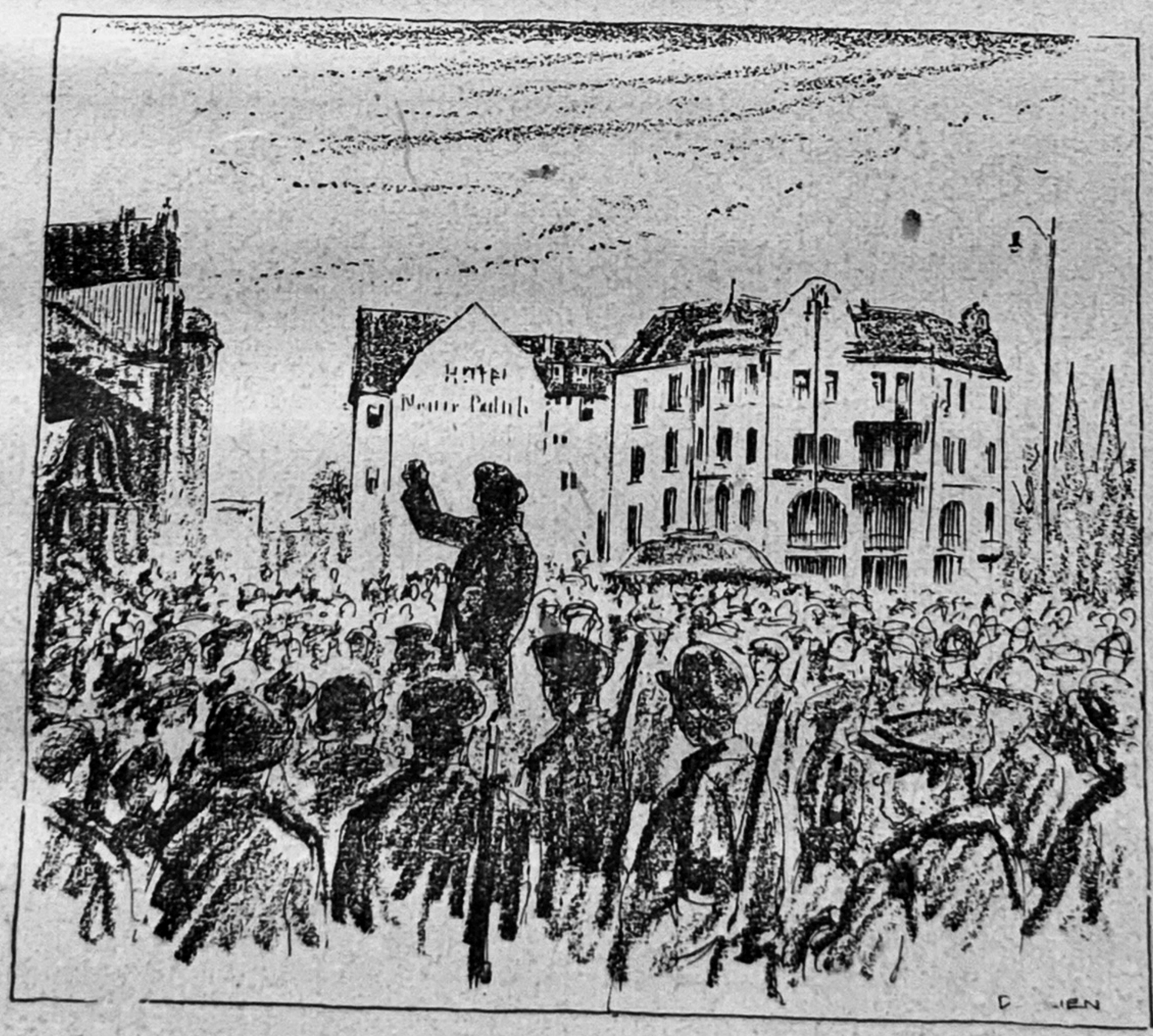
nengewehrfeuer eröffnen. Dabei wurden einige Soldaten getötet und eine Anzahl verwundet. Nun rückte das Regiment vor und zwang Leber zur Uebergabe. Die Offiziere mußten ihn vor dem berechtigten Zorn der Soldaten schützen. Er wurde gefangen genommen und festgesetzt, bis die Amnestie ihm die Freiheit wiedergab. In der Reichswehr aber war kein Platz mehr für ihn. So tauchte er später als Journalist auf. Erst in Stettin und dann in Lübeck. Sein Geltungsbedürfnis und sein Ehrgeiz grenzten ans Pathologische. Davon wußten auch bald die Lübecker marxistischen Führer ein Lied zu singen. Seine hetzerische Art sicherte ihm einen ständig steigenden Zulauf und, gestützt auf die ihm gläubig zuströmenden Massen, begann er die Radikalisierung der Lübecker Sozialdemokratie. Ihn verband nichts mit Lübeck. Es sollte ihm nur Sprungbrett sein

für seine Machtträume. Wer sich ihm widersetzte, den drückte er zu Boden. Wie oft haben sich damals alte Lübecker Sozialdemokraten über diesen Menschen im vertrauten Gespräch beklagt. Als er Stelling das Lübecker Reichstagsmandat abgejagt hatte, holte er sich auch noch seinen Freund Dr. Solmitz nach Lübeck, der in seiner hetzerischen Art Dr. Leber noch zu übertrumpfen suchte. Ihm war jede Verleumdung recht, wenn er damit den Zweck erreichte, die Massen in dauernder Erregung zu halten. Die Verlogenheit dieses jüdischen Marxisten konnte nicht schlimmer gebrandmarkt werden, als durch den Brief seines Parteigenossen Mehrlein, der nach der nationalen Erhebung in dem Pulte von Dr. Solmitz vorgefunden wurde. Mehrlein drohte hier mit scharfen Gegenmaßregeln, wenn die hetzerische Art des Volksboten nicht geändert werde. Dr. Solmitz hatte sich diesen Brief aufgehoben. Zu welchem Zweck wohl? Er träumte sicher von einer einstigen Abrechnung. Die nationale Erhebung machte diesem Traum ein Ende. Dr. Solmitz hat inzwischen seine tausendfache Schuld an der Lübecker Arbeiterschaft mit seinem Leben bezahlt. Er tötete sich selbst, als er alles das, was er mit geschaffen hatte, so kläglich zusammenbrechen sah.

Die Revolte in Lübeck

Es war am 5. Nov. 1918. Noch stand die Front im Westen. Vergeblich waren die auf 60 Klm. breiter Front vorgetragenen Durchbruchsversuche der Engländer und Franzosen gewesen. Die deutschen Frontsoldaten hielten stand. Aus Kiel aber trafen zu gleicher Zeit beunruhigende Gerüchte über einen Matrosenputsch ein. Noch glaubte man nicht an ein solches Verbrechen. Bis plötzlich ein Matrosentrupp mit roten Kokarden in Lübecks Straßen auftauchte. Das Garnisonkommando verhinderte das Eindringen dieser Leute in das Soldatenheim in der Schmiedestraße. Um Klarheit über Kiel zu erhalten, wurden 500 Soldaten per Bahn Richtung Kiel befördert. Diese versagten zum Teil den Gehorsam. So konnten sie von den Revoltierenden entwaffnet werden.

In Lübeck ging ebenfalls die von den roten Matrosen ausgestreute Saat auf. Am Abend schon etablierte sich der Soldatenrat Lübeck im Hotel International. Offiziere, die Widerstand versuchten, wurden entwaffnet und unter Bedeckung in dieses Quartier gebracht. In den Morgenblättern vom 6. Nov. erschien folgender



Aufruf des Soldatenrates an die Bevölkerung:

Seit heute Abend liegt die Macht in unserer Hand. Wir erklären hiermit, daß mit unserer Sache den Kameraden an der Front wie hier in der Heimat gedient ist. Es mußte mit den korruptiven Zuständen und der Militärdiktatur von gestern gründlichst aufgeräumt werden. Zweck unserer Sache ist sofortiger Waffenstillstand und Frieden. Wir bitten die Bevölkerung Lübecks größte Ruhe zu bewahren. Es wird von uns nichts unternommen, was den Betrieb zwecks Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Lebens stören könnte. Es geht alles seinen alten Gang.

Wir erwarten von der Bevölkerung bereitwilliges Mitwirken. Wir können feststellen, daß diese Umwandlungen der militärischen Dinge in Lübeck unblutig verlaufen sind und hoffentlich weiter verlaufen werden. Wir warnen vor Ausschreitungen. Plünderungen und Diebstahl werden mit dem Tode bestraft. Die Lebensmittelverteilung bleibt in den Händen der Zivilverwaltung.

Lübeck, 5. Nov. 1918.

Soldatenrat Lübeck.

Die Lübecker Bevölkerung wurde durch diesen Aufruf vollkommen überrascht. Inzwischen tauchten in den Straßen fragwürdige Gestalten, unreife Burschen, auf. Mit lässig umgehängtem Gewehr stolzierten sie daher und spielten sich als die Herren auf. In den Kammern der Kaserne hatte man inzwischen trotz der angedrohten Todesstrafe auf Plünderungen und Diebstahl gründlich aufgeräumt. Wer einige Mark übrig hatte, der konnte überall in aller Oeffentlichkeit Militärstiefel, Mäntel usw. kaufen, ja auch das Gewehr gab man für wenige Pfennige hin. Man hatte so einen kleinen Begriff von dem versprochenen Aufräumen mit den angeblich korruptiven Zuständen.

Die aufgehetzte Arbeiterschaft hatte die Arbeit niedergelegt und die Arbeiterausschüsse tagten am 7. Nov. zusammen mit Vertretern des Soldatenrates. Hier wurde nach russischem Muster ein **Arbeiterrat gegründet** und ihm gleich eine Reihe von Forderungen mit auf den Weg gegeben:

1. Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Lübeck für alle Männer und Frauen über 20 Jahre. 2. Einführung der achtstündigen Arbeitszeit. 3. Schaffung einer Arbeitslosenversicherung. 4. Sofortige Beschlagnahme aller Lebensmittel und 5. Regelung der Arbeitszeit.

Darauf ging man befriedigt nach Hause. Am nächsten Morgen sollte die Arbeit wieder aufgenommen werden. Die Reichstagsabgeordneten Haase und Ledebour trafen im Laufe des 7. Nov. in Lübeck ein, um hier weiter zu wirken. Der Soldatenrat schien aber doch noch nicht der Lage zu trauen, denn er wandte sich nochmals an die Soldaten, um sie zur Mitarbeit aufzufordern und zum Vertrauen auf ihre Führer. Die Soldaten sollten sich kompagnieweise zusammentun und Vertrauensleute wählen, die ihre Wünsche dem Soldatenrat vortragen würden. Flaumacher sollten vor den Soldatenrat gebracht werden. Bis heute Nacht seien Kiel, Wilhelmshaven, Flensburg, Rendsburg, Hamburg, Eutin, Ratzeburg, Schwerin, Danzig, Leipzig und Stuttgart fest in ihrer Hand.

Bezeichnend für die Lage war, daß man am 7. Nov. auf dem Bahnhofsplatze eine große Versammlung abhielt, in der der Bevölkerung mit Kriegsschiffen gedroht wurde, die in Travemünde lägen und die sofort nach Lübeck kommen würden, wenn hier nicht alles ruhig bleibe, um die Stadt in Trümmer zu legen. Das betörte Volk brach in lauten Beifall aus, als der Kieler Redner versicherte, die deutschen Sicherungsschiffe in der Nordsee seien mit den englischen in Verbindung getreten, die ebenso wie die deutschen Mannschaften ihre Führer abgesetzt hätten. Aus Frankreich erwarte man dieselbe Nachricht usw.

In diesen Tagen hatte sich auch der Rechtsanwalt Bienert ein tolles Stück geleistet. Er war mit 13 Soldaten zum Gefängnis gezogen und hatte dort 34 Gefangene befreit. Dafür setzte man nun Bienert fest, der bei dem herrschenden Durcheinander irrtümlicherweise bald wieder entlassen wurde, um dann erneut auf Nummer Sicher gebracht zu werden. Bienert wollte ganze Arbeit leisten, indem er den gesamten Senat absetzen und gefangen nehmen wollte. Bienert wurde später in der Rechtsanwaltsliste gestrichen und er verschwand schließlich aus Lübeck. In Gera tauchte er später als kommunistischer Stadtrat und stellvertretender Bürgermeister wieder auf.

Am 9. Nov. trat der Arbeiterrat neben den Soldatenrat. Für den Soldatenrat zeichneten Zeitz, Rethfeldt und Richter und für den Arbeiterrat Rockfien, Bromme, Haut.

An demselben Tage, an dem die Nachricht von der Abdankung des Kaisers in Lübeck einlief, veröffentlichte auch der Lübecker Senat eine Mahnung an die Bevölkerung Lübecks zur weiteren Ruhe und Besonnenheit. An die Gesamtheit und an jeden Einzelnen, an Männer und Frauen, an alt und jung, sei, so hieß es in der Verlautbarung des Senats weiter, die Bitte gerichtet, diese würdige Ruhe, die zu nicht geringem Teile das Ergebnis staatsbürgerlicher Schulung ist, auch fernerhin zu bewahren. In tiefernster

Stunde ergeht diese Mahnung. Schicksalsschwer ist die Wendung, der unser Vaterland entgegengeht. Jeder Lübecker wird der Mitverantwortlichkeit eingedenk sein und bleiben, die von heute ab kein Deutscher ablehnen darf.

Schon zwei Tage später schieden die Senatoren Hermann Eschenburg, Dr. Eschenburg und Ed. Rabe aus dem Senat. Und während auf dem Marktplatz die deutsche Volksrepublik von dem Arbeiter- und Soldatenrat ausgerufen wurde, richtete der Senat an den Kaiser folgendes Telegramm:

> Der auf dem Rathause versammelte Senat empfängt in tiefer Bewegung die Kunde, daß Eure Kaiserliche und Königliche Majestät sich entschlossen haben, dem Throne zu entsagen. Allzeit bereit für des Reiches Herrlichkeit bittet der Senat ehrfurchtsvoll, seine nie verlöschende Dankbarkeit zum Ausdruck bringen zu dürfen für alles, was Eure Majestät in dreißigjähriger Arbeit für das Wohl des Reiches erstrebt und erreicht haben, insbesondere auch für so viele Beweise kaiserlicher Huld und Fürsorge, deren sich Senat und Bürgerschaft unserer freien Stadt von jeher zu erfreuen gehabt haben.

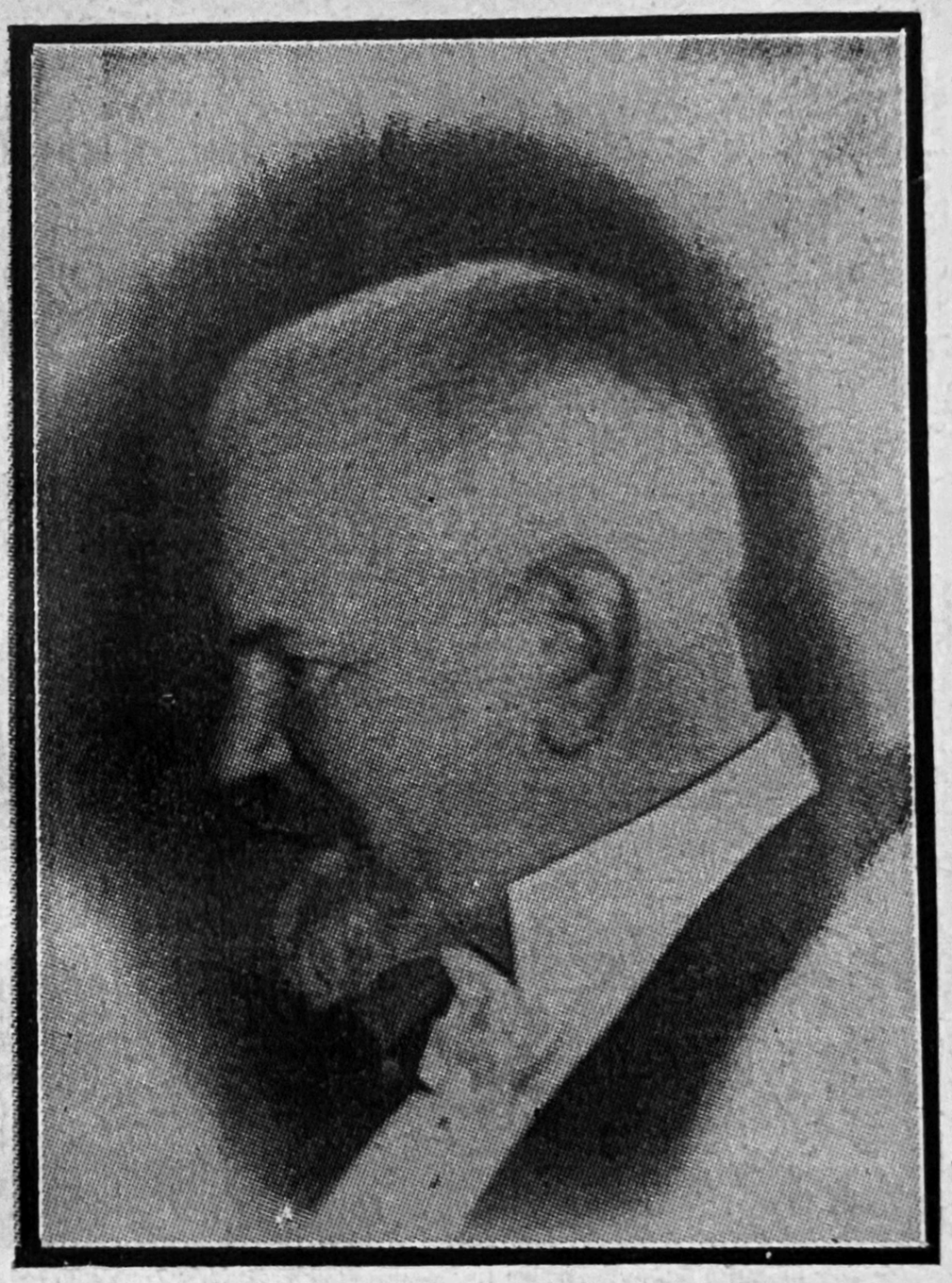
Unterzeichnet war dieses Telegramm von dem Bürgermeister Dr. Fehling. Das war eine mutige Tat des Senats angesichts der Verhältnisse, wie sie allmählich eingerissen waren. Der Soldaten- und Arbeiterrat (Hans Zeitz, Bromme und Haut) erließen dafür einen Aufruf, in dem u. a. zu lesen war:

> **Eine neue Zeit hebt an! Die demokratische und soziale deutsche Volksrepublik hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt; denn die Bewegung hat sicherem Vernehmen nach die Grenzen überflutet und wird die drückenden Waffenstillstandsbedingungen der Kriegsgegner illusorisch machen."**

Wie die Wirklichkeit sich gestaltete, das hat dann das deutsche Volk noch zu spüren bekommen. Während der Ausrufung der Deutschen Volksrepublik wurde aus dem Rathaus eine rote Fahne herausgesteckt und die Musik spielte die Marseillaise. Hier stoßen wir auch zum ersten Male auf den Namen Mehrlein, der als Vorstandsmitglied des Arbeiterrates zu den Massen sprach.

Einen Tag später schaltete sich der A.- und S.-Rat in die Verwaltung ein und Mehrlein taucht auf dem Polizeiamt als Vertreter des A.-Rates auf. Aus dem Elsaß kehrte eine Abteilung der 162er in die Heimat zurück. Sie kamen ohne Waffen hier an. Man hatte die Soldaten unterwegs schon entwaffnet. Am 15. Nov. erließ der Senat die erste Amnestie.

Inzwischen waren feindliche Schiffe in die Ostsee gedrungen, die die deutsche Schiffahrt bedrohten. Aus diesem Grunde sandten deutsche Wachtschiffe alle auslaufenden Schiffe wieder in die Häfen zurück.



Bürgermeister Dr. Fehling.

Am 17. Nov. wurde die Einsetzung einer gemeinsamen Kommission des Senats und der Bürgerschaft zum Zwecke

der Revision der Verfassung

beschlossen. Der Senat veröffentlichte am 16. Nov. hierzu einen Aufruf, in dem es hieß: „Die neue Zeit stellt auch unser Staatswesen vor neue Aufgaben. Das politische Leben der Stadt muß ohne Verzug auf eine so freiheitliche Grundlage gestellt werden, daß die verantwortungsvolle Mitarbeit aller Kreise in allen Organen der Gesetzgebung und Verwaltung möglich ist. Jedermann ist berufen und verpflichtet, an der Neuordnung der Dinge mitzuwirken. Heißen Dank schulden wir unseren heimkehrenden Kriegern. Unterkunft, Nahrung und Arbeit werden für sie beschafft werden. Der Bau neuer Wohnungen beginnt. Für Handel, Schiffahrt und Industrie sind bedeutende Anlagen beschlossen und bereits in der Ausführung,

weitere in der Vorbereitung begriffen, die nicht minder reiche Arbeitsgelegenheit bieten werden. Die Fürsorge für Erwerbslose ist gesichert. Verzage keiner! Lübeck darf an seine Zukunft glauben! Bleibt sich ein Jeder seiner Verantwortung bewußt, dann können wir, auch Schwerstes überwindend, der neuen Zeit hoffnungsvoll entgegengehen."

Während überall die Regierungen stürzten, blieb der Lübecker Senat in seinem Amte. Augenscheinlich schreckten die Lübecker Sozialdemokraten vor der Schwere der Aufgabe, in diesen Zeiten das Staatsschiff lenken zu wollen, noch zurück. Aber auch die Erkenntnis der eigenen Unfähigkeit war immerhin noch ein gutes Zeichen. Sie stand in wohltuendem Gegensatz zu der Ueberheblichkeit anderorts. An der Spitze des Senats stand in dem Bürgermeister Dr. Fehling eine Persönlichkeit, der gegenüber die politischen Gegner einen schweren Stand haben mußten.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hatte sich inzwischen im Offizierskasino häuslich niedergelassen. Was hier alles an Einrichtungsgegenständen herausgeschleppt, an Vorräten vergeudet wurde, darüber ist nie völlige Klarheit geschaffen worden. Selbst die echten Teppiche verschwanden eines Tages. Man hatte sie zum Reinigen geschickt, weil das bei dem täglich hier herrschenden Betriebe dringend notwendig erschien. Von der Reinigung waren sie nicht zurückgekommen. Es wurde später als die Diebin eine Stenotypistin ermittelt und verurteilt. Sie wollte heiraten und glaubte, daß sie die Teppiche besser gebrauchen könne. Weshalb sie kurzerhand die Reinigungsanstalt angewiesen hatte, die Teppiche an ihre Adresse zu senden. Hier bewahrheitete sich wieder einmal das Sprichwort von dem Hängen der kleinen Diebe.

Wir erinnern uns auch eines späteren Vorfalles in der Bürgerschaft. Dort gab es für die Volkstribunen Spirituosen für billiges Geld. Für lächerlich geringes. Das Rätsel klärte sich bald. Ein Arbeiterratsmitglied und späterer Senator hatte Bestände der Heeresverwaltung zu fassen bekommen und sie z. T. auch der Kantine der neugewählten Bürgerschaft überwiesen, weil er der Ansicht war, daß man den Volkstribunen für ihre anstrengende Arbeit auch die nötige Erleuchtung in Form von Kognac, Kümmel usw. zuführen müßte. Es wurde unter diesen Umständen häufig mehr getrunken als geredet, was an und für sich allerdings kein Schaden war.

In der ersten Bürgerschaftssitzung nach dem Umsturz meldete die sozialdemokratische Fraktion ihre Forderungen an, betr. Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts. Die Neuwahlen in den Senat sollten zunächst aufgeschoben werden. Man bewilligte dann noch 550 000 RM. für 50 Kleinwohnungen an der Kerckringstraße und beschloß den Druck von 5 Millionen Mark in 50 M.-Scheinen als Notgeld.

Am 24. November wandte sich ein Empfangsausschuß für die heimkehrenden Krieger an die Bevölkerung. Hier ist neben den Arbeiter- und den Soldatenrat auch ein Rat der vereinigten Berufe getreten. (Otto Albers und Joh. Lange.)

Die Heimkehr des Regiments Lübeck

wurde zu einem Festtage für die Bevölkerung. Das Regiment kam am 26. November hier an. Die Soldaten führten zum Teil noch ihre Waffen mit. Ganz Lübeck war auf den Beinen und von fast allen Häusern wehten Fahnen. Hier brach eben wieder einmal die wahre Gesinnung der Bevölkerung durch. Jubelnd wurden die Feldgrauen willkommen geheißen. Man überschüttete sie mit Blumen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat aber hatte nichts wichtigeres zu tun, als für den 28. November eine große Demonstrationsfeier für den errungenen Acht-Stundentag anzusetzen. Ansprachen auf dem Marktplatz und auf Buniamshof wurden gehalten. Dafür erhöhte man am folgenden Tage auch die Brotration.

Eine würdige Feier folgte zwei Tage später, nämlich die offizielle Begrüßungsfeier des Regiments auf dem Marktplatz. Hier sprach der Bürgermeister Dr. Fehling zu dem Regiment. Seine Rede gipfelte in den Worten: Wenns etwas gibt, gewaltiger als das Schicksal, so ist's der Mut, der's unerschüttert trägt! Dem ruhmreichen Regiment Lübeck galt sein Hurra!

Das neue Bürgerschaftswahlgesetz

wurde am 9. Dezember verabschiedet. Die Neuwahlen sollten am 9. Februar stattfinden. Die Feinde bereiteten uns dann noch ein Weihnachtsgeschenk. Englische Kriegsschiffe in der Ostsee kaperten den Lübecker Frachtdampfer Anneliese, der sich auf der Reise von Stettin nach Kopenhagen befand, während der gewarnte Stettiner Dampfer Ina noch gerade entwischen konnte.

Im neuen Jahre setzte sofort die Wahlagitation in schärfster Weise ein. Denn vor den Bürgerschaftswahlen lagen noch die Wahlen zur Nationalversammlung. Am 6. Januar leitete in den Stadthallen Frl. Rösing eine Wahlversammlung. Damals tobten in Berlin die Spartakuskämpfe. Man markierte auch hier stellenweise den starken Mann. Fritz Mehrlein

wurde in dieser Versammlung tätlich gegen Frl. Martha Rösing, weil diese eine Diskussion nach der langen Wahlrede von Dr. Wittern nicht mehr zulassen wollte. Er entriß ihr mit Gewalt die Glocke, wobei er ihr einen Finger verletzte. Er drohte ihr, sie hinauswerfen zu lassen, wenn sie nicht verschwände. Wir hatten damals scharf gegen diese Roheit protestiert. Die Folge war, daß wir vor den Arbeiter- und Soldatenrat geladen wurden. Man drohte uns, die Zeitung zu verbieten. Wir sollten in Plakatschrift die Mitteilung bringen, daß unser Bericht unwahr sei. Besonders aufgeregt benahm sich der dem gewaltigen Rat angehörende Kunsttänzer Faster. Unsere Antwort fiel recht kräftig aus, so daß der Kunsttänzer verschwand. Aus dem Zeitungsverbot wurde auch nichts. Mehrlein blies zur Versöhnung. Er gab sich mit einer einfachen Berichtigung zufrieden, an die wir unsere Bemerkungen anhängen durften.

Der Kunsttänzer Faster hatte übrigens bald in Lübeck ausgespielt. Er ging zu seinem Berufe zurück. Dummer Weise begann er damit auf einer Kleinkunstbühne in Lübeck, wo er gründlich ausgepfiffen wurde. Er hatte sich also in seiner Eigenschaft als Mitglied des A.- und S.-Rates keine sonderlichen Sympathien in Lübeck erworben.

Interessant ist, daß um jene Zeit zum erstenmal die Frage des Anschlusses von Teilen des Landesteils Lübeck an Lübeck öffentlich behandelt wurde. Namentlich die Sozialdemokraten entfalteten hier eine rege Propagandatätigkeit. In Schwartau schien man auch nicht grundsätzlich abgeneigt zu sein, aber später änderte sich diese Haltung, wobei die radikale Entwicklung in Lübeck ausschlaggebend gewesen sein wird.

Die Wahlen zur Nationalversammlung

Die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar zeigten einen starken Sieg der Sozialdemokraten in Lübeck Sie übertrafen alle anderen Parteien um 16 000 Stimmen. In Mecklenburg hielten sich die Bürgerlichen besser, so daß der Wahlkreis Mecklenburg-Lübeck 3 Sozialdemokraten, 2 Demokraten und 1 Deutschnationalen stellte. Die Hoffnung der Marxisten auf eine Mehrheit in der Nationalversammlung war falsch gewesen. In Bremen und Hamburg kam es zu blutigen Zusammenstößen. Hier in Lübeck tobte sich der Arbeiter- und Soldatenrat in einer Vollversammlung aus, um gegen den Erlaß des Kriegsministers, betr. Umbildung des Heeres Stellung zu nehmen. Die radikalen Elemente wollten sich um das Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung nicht kümmern, sondern die sozialistische Herrschaft gesichert sehen. Man wollte vom Militarismus gar nichts mehr wissen. Mehrlein betonte, daß die Soldatenräte sich die Bestimmungen des Kriegsministers nicht gefallen lassen würden. Man nahm eine Entschließung an, in der es zum Schlusse heißt: „Gegen den Erlaß des Kriegsministers vom 19. Januar über die Umbildung des Heeres, Wiedereinführung der Offiziere, Grußpflicht usw. protestiert der A.- und S.-Rat Lübecks und ist erstaunt, daß auch der Zentralrat solchem Erlaß überhaupt die Zustimmung geben konnte. Erweist sich die Nationalversammlung als ungeeignet, das Werk der Revolution zu vollenden, dann hat die Nationalversammlung abzutreten und nicht die A.- und S.-Räte."

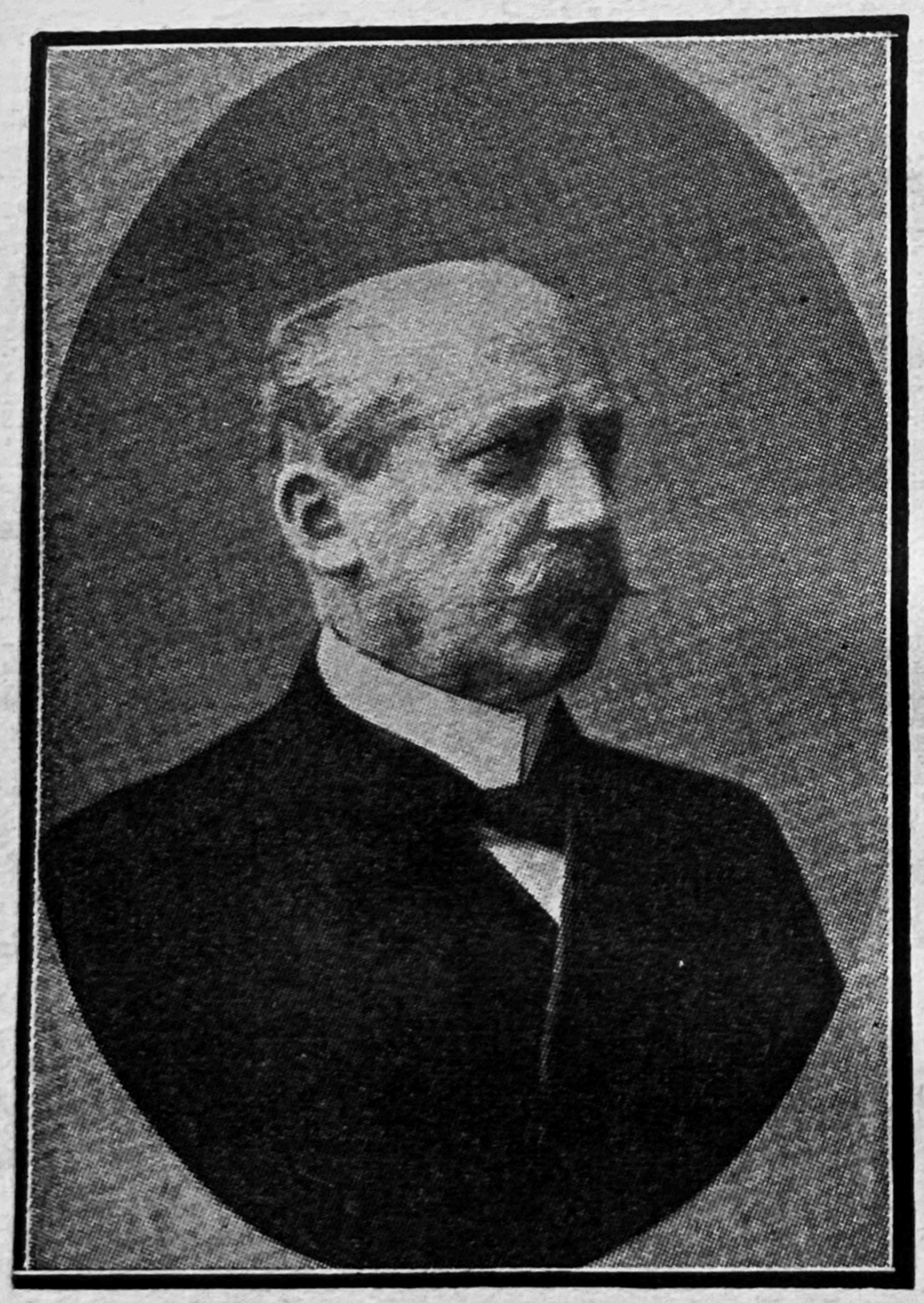
Stolz lieb ich den Spanier! Trotzdem waren die Tage der Arbeiter- und Soldatenräte gezählt. Die Lübecker stützten sich bei ihrer Ablehnung auf die rabiaten S.-Räte beim 9. Armeekommando in Altona. In ganz Schleswig-Holstein war die Situation kritisch geworden. Die Eisenbahner legten den Betrieb still, um nach Hamburg den Zuzug regierungstreuer Truppen zu verhindern. In Hamburg unternahmen die Arbeiter einen Sturm auf das Stadthaus. Die Division Gerstenberg schlug auf Noskes Befehl den Aufstand nieder, wie auch in Bremen dem Kommunistenspuk mit Waffengewalt ein Ende bereitet werden konnte. Der Lübecker Soldatenrat besetzte das hiesige Post- und Telegraphenamt und die Eisenbahn, um ebenfalls die Heranführung von Verstärkungen für die regierungstreuen Truppen zu verhindern. Sie stießen dabei auf den Widerstand der Post- und Telegraphenbeamten, die trotz aller Drohungen sofort den Dienst einstellten. Der Beschluß des S.-Rates wurde bald wieder rückgängig gemacht. Die Herren hatten sogar versucht, die Mannschaften in der Kaserne zu einem Zuge gegen die regierungstreuen Truppen in Hamburg zu veranlassen. Dieses Vorhaben scheiterte nur an dem Widerstande der Soldaten. Nun rückte der S.-Rat in einer Vollversammlung von dem Vorgehen einzelner Mitglieder ab, indem er deren Maßnahmen aufs schärfste mißbilligte und sich für die Regierung erklärte. Die Nachrichten aus Hamburg dürften hierbei wesentlich zu diesem Zurückzieher beigetragen haben.

Am 2. Februar hatte der Senat auch einen Sturm der Erwerbslosen in seinen Sitzungssaal erlebt, um Forderungen durchzudrücken. In diese aufregenden Tage fiel

der Tod von Senator Bosselhl

Lübeck verlor mit ihm einen Kaufmann ganz großen Ausmaßes. Ihm verdankte Lübeck sein neues Stadttheater, ihm verdankte Lü-

beck auch so manche andere Millionenstiftung. Er stellte noch vor dem Krieg Millionen zur Verfügung, um aus dem Holstenplatz einen wirklich herrlichen Platz zu gestalten. Hier sollte sich das Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-haus mit großen Räumen für eine Volks-bibliothek usw. erheben, hier sollte auch das Hallenschwimmbad gebaut werden. Pläne, die durch den Krieg unterbrochen wurden und deren Ausführung dann durch die Inflation unmöglich wurde. Senator Possehl war auch der eigentliche Schöpfer des Hochofen-



Senator Possehl.

werks, und in einem gigantischen Kampfe mit rheinischen Großindustriellen verhinderte er später die Majorisierung dieses Werkes durch die rheinisch-westfälische Großindustrie. Alle großen Pläne, die in den Jahren vor dem Kriege in Lübeck durchgeführt wurden, gingen auf die Initiative dieses genialen Mannes zurück. Er hatte sofort bei Kriegsausbruch auch eine Summe von 500 000 Mark für Zusatzrenten zugunsten der Opfer des Regiments Lübeck und der Hinterbliebenen zur Verfügung gestellt. Durch den Krieg und seine Nachwirkungen wurde das Vermögen Possehls geschmälert. Es ging ihm eben wie so vielen anderen, die Beziehungen zum Auslande unterhalten hatten. Trotzdem hinterließ er für verschiedene gemeinnützige und Wohlfahrtszwecke noch eine reiche Stiftung.

Um eine Wiederholung der Vorgänge wie am 2. Februar durch die Erwerbslosen zu verhindern, wurde am 7. Februar die neue republikanische Volkswehr aufgeboten, die Marktplatz und Rathaus mit Maschinengewehren sicherte, so daß die Erwerbslosen nur eine Deputation in das Rathaus entsenden konnten. Am 9. Februar 1919 fanden die

Bürgerschaftswahlen

statt. Die Bürgerschaft war auf 80 Sitze verringert worden, gegen 120 vor dem Kriege. Von diesen 80 Sitzen entfielen auf die Sozialdemokraten 42 Sitze, auf die Deutschdemokraten 29, auf die Deutschnationalen 6 und auf die Landbewohner 3.

Die Sozialdemokraten hatten also in der neuen Bürgerschaft die absolute Mehrheit. Die Republikanische Volkswehr (Sicherheitstruppe), die sich bereits vor mehreren Tagen gegen den Soldatenrat erklärt hatte, setzte nun kurzerhand den S.-Rat in Lübeck ab, weil er ihr nicht mehr die Sicherheit bot, daß er fest auf dem Boden der Reichsregierung stehe. Für ihn sollte ein neuer Soldatenrat gewählt werden. Dazu ist es allerdings u. W. nie mehr gekommen. Denn am 15. März 1920 wurde auch der Lübecker Arbeiterrat aufgelöst, der sich immer mehr als eine Art von Ueberparlament gezeigt hatte und den Gang der Geschäfte nur störte.

Der Einzug von Sozialdemokraten in den Senat

Am 19. März schied auch Senator Friedrich Ewers aus dem Senat, so daß nun einschließlich des Platzes für Senator Possehl fünf Senatssitze frei geworden waren. Die Sozialdemokraten verfügten, wie gesagt, über die absolute Mehrheit in der Bürgerschaft. Sie begnügten sich bei insgesamt 14 Senatssitzen trotzdem mit nur vier Sitzen, während der freigewordene 5. noch mit einem Bürgerlichen besetzt wurde. Dieser Bürgerliche war der Großkaufmann Dimpker. Von den Sozialdemokraten zogen in den Senat Löwigt, Hoff, Mehrlein und Henze. Dimpker und Henze waren nebenamtliche Senatsmitglieder, die übrigen vollamtliche.

Im Bürgerausschuß saßen zwölf Bürgerliche und zwölf Sozialdemokraten. Um diese Zeit begannen ungefähr die Beratungen über die Verstaatlichung des Orchesters des Vereins der Musikfreunde und des Stadttheaters. Anfang April wandten sich die drei Handelskammern der Hansestädte an die Deutsche Nationalversammlung mit der dringenden Bitte, die alte Reichs-

flagge beizubehalten, „da schwarz-rot-gold, oder richtiger, da Gold als Grundfarbe praktisch ein Unding ist, schwarz-rot-gelb ständig die Gefahr einer Verwechselung mit den belgischen Farben mit sich brächte."

Die Folgen der fortdauernden Blockade

Infolge der Streikwirren und kommunistischen Wühlereien im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier gingen die Kohlenzufuhren nur noch spärlich ein, so daß sich die Lübecker Gaswerke gezwungen sahen, die Gasabgabe empfindlich einzuschränken. Litt die Bevölkerung schon während des Krieges infolge der Blockade der Feinde Not, so war es jetzt nur noch schlimmer geworden; denn die Feinde dachten ja nicht daran, vor Unterzeichnung des Friedens die Blockade irgendwie zu lockern. Mit der Hungerpeitsche wollte man Deutschland vollends mürbe machen. Spartakus wühlte deshalb auch lustig weiter. So erlebte es Lübeck, daß am 14. April 1919 sich auch hier ein Spartakusbund etablierte. Was auf dieser Versammlung für Unsinn verzapft wurde, davon hier ein kleines Beispiel. Ein gewisser Daniel, der noch Feldgrau trug, sprach von den verlotterten Verbänden, die den Ostschutz darstellten. In Wahrheit stand dort Deutschlands beste Jugend in schwerstem Kampfe. Er behauptete weiter, daß die Generale 60 Klm. hinter der Front stünden und schwelgten. Noske sei eine Strohpuppe, sein Adjutant mache alles. Die Regierung schickte Spitzel aus. Sie müsse Putsche haben, um die Aufstellung der Freiwilligenverbände rechtfertigen zu können und so weiter.

Diese Freiwilligenverbände lagen den Spartakisten genau so im Magen wie später den Kommunisten. Denn diese Freiwilligenverbände hatten Spartakus in Berlin usw. niedergerungen. Unendlich viele ehemalige Offiziere kämpften in diesen Verbänden. Neben Spartakus regten sich auch die Unabhängigen, in der von verruchter Regierungspolitik gesprochen wurde. Die Wahlen zum Arbeiterrat am 27. April bewiesen aber, wie gering doch im Grunde ihr Anhang noch war, denn von den 80 Sitzen holten sich die Spartakisten nur drei, die Unabhängigen 9 Sitze. Die Mehrheitssozialisten verfügten über 44 Sitze. Die bürgerlichen Parteien brachten es auf 16 Vertreter, der Beamtenbund auf 8.

Bei der ständig absackenden Reichsmark war es kein Wunder, daß in der Bürger-



Republikanische Soldaten im Sicherheitsdienst.

schaft fast fortwährend über Gehaltsfragen verhandelt wurde.

Die unsagbar schweren Friedensbedingungen der Feinde veranlaßte die Bürgerschaft in ihrer Sitzung vom 12. Mai 1919 zu einer einmütigen Protestkundgebung. Und fünf Tage später versammelte sich Lübecks Bevölkerung auf dem Mühlenbrink bzw. Marktplatz zu zwei weiteren Kundgebungen gegen den Gewaltfrieden. Auf dem Mühlenbrink traten die Bürgerlichen an, auf dem Marktplatze die Sozialdemokraten. Hier wie dort klang das Unannehmbar. Die Sozialdemokraten wandten sich in einer Resolution wieder einmal an das Proletariat aller Länder, das ihnen gegen den Gewaltfrieden helfen sollte.

Am 24. Juni aber unterzeichnete die deutsche Regierung diese Bedingungen. Das einzige, was man noch tat, war, daß man eine Anordnung auf Halbstocksetzung der Flaggen herausbrachte.

* * *

Die Not in Lübeck war im Juni immer höher gestiegen. Daß England um die Zeit Deutschland 800 000 Gummisauger zur Verfügung stellte, von denen etliche auch nach Lübeck kamen, sei nur der Kuriosität halber erzählt. Ob die Säuglinge aber noch Milch als Nahrung hatten, darum kümmerten sich die Feinde nicht. Am 14. Juni 1919 erlebte Lübeck die ersten wirklich schweren Unruhen. An Streiks und Demonstrationszüge war man nachgerade gewöhnt. Selbst die Hausangestellten streikten.

Die ersten Plünderungen in Lübeck

Die erwähnten Unruhen nahmen in der Markthalle ihren Anfang. Der Lübecker Senat hatte von der Kieler Firma Herzig ein sehr großes Quantum Pferdefleisch in Dosen erworben, um der Bevölkerung etwas Fleisch zuführen zu können. Hierbei war der Senat von der jüdischen Firma schändlich betrogen worden. Denn die gelieferten Proben waren frisch und gut gewesen. Was aber dann als Lieferung herankam, war kaum noch als Viehfutter zu gebrauchen. Direkt ekelhaft war der Inhalt der zum Teil schon ganz verrosteten Dosen. Diese Angelegenheit hat später noch lange die Gerichte beschäftigt. Die Lieferungsfirma ermächtigte schließlich den Senat, den Inhalt als Viehfutter zu verwerten.

Unzweifelhaft lag eine Schuld bei dem für den Ankauf Verantwortlichen, daß er, gestützt auf die guten Probedosen, annahm, es handle sich bei dem wachsenden Widerstande der Hausfrauen gegen dieses Fleisch nur um ein Vorurteil. Als trotzdem die Abgabe dieses Fleisches weiter auf die Fleischkarten erfolgte, begannen am Sonnabend, dem 14. Juni schwere Unruhen. Die Arbeiter der industriellen Betriebe verließen diese und sammelten sich in der Breiten Straße und auf dem Marktplatze an. Vorher aber waren schon Frauen in der Markthalle über die vorhandenen Aalvorräte hergefallen und hatten sie unter sich verteilt. Ein Rest Aale wurde zur Kanzleiwache gebracht. Die Frauen stürmten hinterher, zerschlugen die Fenster der Wache und raubten auch diese Fische.

Zu den wütenden Frauen gesellten sich Halbstarke in Massen, die nur auf dieses Signal gewartet zu haben schienen. Furchtbar hauste die Menge im Ratskeller. Hier wurden die Türen eingetreten und alle Lebensmittelvorräte geraubt. Dann ging es an die Weine, an die Tischwäsche und das Tafelsilber. Was nicht gestohlen wurde, wurde zerschlagen. Selbst Kinder beteiligten sich an diesem Raube. Polizei und Sicherheitswehr war nicht zugegen. Erst als die organisierten Arbeiter herankamen, wurde dem Treiben Einhalt geboten. Die Arbeiter besetzten die Türen des Kellers und verhinderten weiteren Raub. In gleicher Weise waren Fredenhagens Keller, das Schabbelhaus, Hotel Stadt Hamburg und Cafe Köpf mitgenommen worden. Mit den leeren Bonbonnieren spielten die Halbstarken auf den Straßen Fußball. Man hatte sogar versucht, den Hausangestellten im Weinkeller die Ohrringe aus den Ohren zu reißen. Man stahl das Geld aus den Kassen und das Geld von Angestellten, man raubte den Angestellten die Anzüge usw. Unter den Plündernden befanden sich auch Menschen in Matrosenuniform und in Feldgrau. Als durch das Eingreifen besonnener Arbeiter die Plünderungen in der Stadt unterbunden waren, wandte sich der Mob in die Vorstädte. Sogenannte Suchkommandos drangen in die Häuser ein, beriefen sich auf den Senat und raubten die Häuser aus. Hierbei hatte man es weniger auf Nahrungsmittel, als auf Geld und Wertsachen abgesehen.

Der Senat veranlaßte nun auf Drängen der organisierten Arbeiter, daß im Hofe des Stadttheaters Fische verteilt werden sollten und daß alle Pferdefleischdosen zurückgeliefert werden konnten. Die Arbeiter übten eine Art Straßenpolizei aus. Sie nahmen den Plündernden die Beute wieder ab und dabei erhielten manche Burschen einen Denkzettel, daß sie eine Wiederholung nicht mehr wünschten. Man hielt Frauen an, die Speck halbzentnerweise nach Hause schleppen wollten. Immerhin konnte man auch nachmittags noch Trupps von Plündernden sehen. Auch in das Gefängnis war man eingedrungen und hatte etliche Häftlinge befreit.

Gründung der Einwohnerwehr

Die republikanische Soldatenwehr hatte sich als zu schwach erwiesen, um die Ordnung wieder herstellen zu können. Am 26. Juni 1919 wurde deshalb die Einwohnerwehr gebildet, die starken Zulauf hatte und so besser als bisher für Ordnung gesorgt war. In der Folgezeit bildeten die sogen. Fahndungs-Kommissionen eine große



Tausende von Gewehren werden auf dem Hofe der Marli-Kaserne verbrannt.

Rolle. Der Senat hatte tatsächlich die Ermächtigungen zu solchen Fahndungen in Privathaushalten erteilt, womit er den Boden des Rechts verlassen hatte. Er begründete dies mit der Furcht vor neuen Plünderungen. Für diese Fahndungskommission setzte sich besonders Knapp stark ein, der klipp und klar in der Bürgerschaft erklärte, daß allen Rechtsausführungen zum Trotz die Kommission weiter arbeiten werde. Sehr viel an Lebensmitteln scheint man aber nicht gefunden zu haben, da niemals bestimmte Angaben gemacht wurden. Im Juni bewilligte man auch wieder reichlich 2 Millionen für Wohnungsbauten. Zur Abwechselung gab es dann neben den diversen Streiks auf dem Hochofenwerk und der Ueberlandzentrale, durch die jedesmal die Gas- und Stromabgabe wesentliche Einschränkungen erfuhr, einen Eisenbahnerstreik. Die Geldentwertung schritt rapide fort. Erst am 12. Juli beschlossen die Feinde die Aufhebung der Blockade Deutschlands, so daß nun auch wieder Lebensmittel vom Auslande hereinkamen. Am 25. Juli kamen zwei englische Torpedobootszerstörer in den Travemünder Hafen. Sie brachten eine alliierte Kommission mit, die Werften und Schiffe besichtigen sollte. (Man suchte sich aus, was man haben wollte.).

Am 4. September trat Senator Dr. Lienau, der bisherige Leiter des Polizeiamtes, zurück. Die Sozialdemokraten vermehrten nun ihre Sitze im Senat auf fünf, indem Parteisekretär Bromme gewählt wurde, ein schon damals schwerkranker Mann, der nur mit Mühe wegen seiner Schwerhörigkeit den Verhandlungen zu folgen vermochte. Als Leiter des Polizeiamtes wurde nun Fritz Mehrlein gewählt. Nach Bildung der Einwohnerwehr war die Republikanische Soldatenwehr aufgelöst worden. Jetzt wurde noch eine Sicherheitspolizei gegründet, als deren Führer Hauptmann Eschenbach, der spätere Polizeioberstleutnant, bestellt wurde. Die Einwohnerwehr blieb neben dieser Sicherheitspolizei und Ordnungspolizei bestehen.

Im Oktober mußte der Straßenbahnverkehr eingeteilt werden, da keine Kohlen vor-

handen waren. Auch die industriellen Betriebe mußten schließen. Ebenso wurde die Stromlieferung der Ueberlandzentrale für weite Gebiete gesperrt. Nach viertätiger Pause konnte dann der Straßenbahnbetrieb wieder teilweise aufgenommen werden. Ebenso wurde die Industrie wieder einigermaßen mit Kohlen beliefert. Infolge Kohlennot mußte der Straßenbahnbetrieb aber auch im November nochmals kurze Zeit eingestellt werden.

Eine erfreuliche Nachricht traf am 15. Oktober in Lübeck ein.

Lübeck wird wieder Garnisonstadt

Es traf eine Kompagnie vom Regiment 18 der Reichswehrbrigade 9 in Lübeck ein, um hier zunächst zu bleiben. Am 30. Dezember traf die Nachricht ein, daß auch noch die Maschinengewehrkompagnie des Regiments 17 Lübeck als Garnison erhalten würde

Mitte Januar 1920 wurde der Ausnahmezustand über das Reich verfügt angesichts der an verschiedenen Orten vorgekommenen Unruhen und blutigen Ausschreitungen und besonders angesichts der Notwendigkeit, den Eisenbahnbetrieb und die Kohlenversorgung zur Vermeidung einer wirtschaftlichen Katastrophe unter allen Umständen in Ordnung zu halten. Jede Betätigung durch Wort oder Schrift, die darauf gerichtet ist, lebenswichtige Betriebe zur Stillegung zu bringen, wurde verboten. Dieser Ausnahmezustand war auch über Lübeck verhängt worden. Noch immer wurden Lebensmittelkarten ausgegeben, die u. a. pro Woche und Person vorsahen 2150 Gr. Brot, 150 Gr. Mehl, 5 Pfund Kartoffeln, 125 Gr. Zucker, 125 Gr. Reis und 200 Gr. Fleisch.

Inzwischen entspann sich ein ernster Streit mit den Travemünder Fischern, die für ihre Heringsfänge höhere Preise haben wollten und deshalb ihre Fänge nach Niendorf brachten. Das führte zur Verhaftung der Leiter der Fischereigenossenschaft. In Blankensee erschienen Offiziere der Entente, um die Auslieferung bzw. Vernichtung aller vorhandenen Flugzeuge usw. zu überwachen. Leider fanden sich Verräter, die durch ihre Angaben immer neue Auflagen der Ententeoffiziere veranlaßten.

Auch in der Marlikaserne erschienen Ententeoffiziere (Franzose, Engländer und Italiener), um die Verbrennung der Gewehre zu überwachen. Den Herren war ihr Auftrag nicht so geheuer, denn sie erbaten Polizeibegleitung für ihr Auto. Der heutige Kriminalinspektor Schleuß mußte mit ihnen fahren. Auf dem Kasernenhofe lagen Haufen von Gewehren, die mit Petroleum und Benzin übergossen und dann entzündet wurden.

Die Bürgerschaft beschäftigte sich mit zahlreichen Bauplänen für neue Siedlungen an der Gärtnergasse, bei Karlshof, auf der Dornbreite, am Landgraben, bei Schlutup und an der Brandenbaumer Landstraße. Gleichzeitig wurden die Burgtorbaracken erworben, um sie zu Kleinwohnungen umzubauen. Der Staatshaushaltsplan für 1920 schloß in Ausgaben mit fast 69 Millionen Mark ab, bei Einnahmen von reichlich 62 Millionen Mark. Hier zeigte sich eben schon die Geldentwertung.

Am 13. März 1920 erfolgte in Berlin der Kapputsch. In Lübeck führte er zur Einstellung des Eisenbahnverkehrs. Die Arbeiterschaft verlangte die Entwaffung der Einwohnerwehr, was vom Senat abgelehnt wurde. Trotzdem wurden 200 Gewehre geraubt, die aber später der Einwohnerwehr wieder bis auf 20—30 zur Verfügung gestellt wurden. Diese 20—30 Gewehre sollten dem Aktionsausschuß der Arbeiter unterstellt werden. Der Senat erklärte sich für die alte Reichsregierung. Trotzdem beschloß die Bürgerschaft die Einsetzung einer Untersuchungskommission, um das Verhalten der Reichswehr und der Sicherheitspolizei nachzuprüfen. Für 200 Wohnungen wurden von der Bürgerschaft in derselben Sitzung über 7 Millionen Mark bewilligt.

Mit dem 1. April 1920 richtete Lübeck wieder eine Gesandtschaft in Berlin ein. Gewählt wurde zum Lübeckischen Gesandten Dr. Meyer-Lürßen, der bis 1932 im Amte blieb, nämlich bis zu der von der Linken aus zum Teil persönlichen Gründen erzwungenen Beseitigung der eigenen Vertretung Lübecks in Berlin.

Wie die Schüler in der Gewerbeschule hausten

Wie weit in den Jahren nach dem Kriege Zucht und Ordnung namentlich bei der Jugend verloren gegangen waren, davon lieferte ein Vorkommnis in der Gewerbeschule einen klassischen Beweis. Die Schüler hatten in einzelnen Klassen wie Kosaken gehaust. Wer den Schlüssel zu seinem Schrank vergaß, und augenscheinlich war man in einzelnen Klassen hierin besonders vergeßlich, der trat einfach die Türfüllung ein. So wurde binnen kurzer Zeit ein Schaden von rund 50 000 Mark an dem Inventar der Schule verursacht. Die zerschlagenen Türen verschwanden zum größten Teil, wahrscheinlich hatte man sie verfeuert. Es ist bezeichnend, daß der nachmalig noch zu seiner ganzen Größe aufgestiegene Alfred Dreger für diese Zerstörungen in der Bürgerschaft Worte der Entschuldigung fand. Er meinte, daß man wohl die Schränke so auf-

gestellt hätte, daß die Schüler nicht an ihre Sachen herankommen konnten. (!!) Von Strafen war natürlich keine Rede. Und so durfte man sich nicht wundern, daß die Halbstarken immer mehr sich in den Vordergrund drängten.

Reichswehr hinter Stacheldraht

Am 21. April 1920 rückte an Stelle des nach der deutschpolnischen Grenze verlegten 2. Bataillons des Regiments 18 die 5. Kompanie des Reichswehrregiments 17 in Lübeck ein, während Stab und drei Kompanien nach Eutin kamen. Das war für dieses Regiment das Ende eines langen Leidensweges. Das Regiment sollte ursprünglich nach Neustrelitz kommen. In den Putschtagen aber weigerte sich die dortige Arbeiterschaft, überhaupt Militär aufzunehmen. So wurde das Regiment nach Güstrow in das alte Russengefangenlager gebracht. In Güstrow weigerten sich die Eisenbahnarbeiter, die sich gerade im Generalstreik befanden, das Bataillon auszuladen. **Das Bataillon mußte schließlich drei Wochen lang hinter Stacheldrähten in den Russenbaracken auf Stroh und Holzwolle lagern** und als Beleuchtung gab es nur einige kümmerliche Kerzen.

Neue Entwaffnungsforderungen

Die Entente kam um diese Zeit mit immer neuen Entwaffnungsforderungen. Sie fühlte sich offenbar auch durch die Einwohnerwehr bedroht, weshalb sie deren Auflösung forderte. Lübeck wehrte sich gegen diese Forderungen, die Preußen akzeptiert hatte. Lübeck ging hierin mit den süddeutschen Staaten zusammen. Bevor es dann doch zu der Auflösung der Einwohnerwehren kam, sollte die Lübecker Einwohnerwehr noch eine Feuerprobe bestehen.

Senat und Bürgerschaft hatten damals eine neue Verfassungsrevision vor. Es wurde unglaublich viel in der Verfassungsrevisionskommission, im Bürgerausschuß und in der Bürgerschaft geredet und das Ergebnis war auch danach: Man sparte zwei Senatsmitglieder. Der Senat wurde von 14 auf 12 Köpfe verkleinert. Dieser gewaltige Beschluß erfolgte am 22 Mai 1920. Ausgeführt wurde er aber nicht. Lübeck befand sich um diese Zeit schon in starker Erregung wegen der bevorstehenden Reichstagswahl. Am tollsten ging es in einer deutschnationalen Volksversammlung zu, in der v. Graefe sprach. Spartakisten, Unabhängige und Sozialdemokraten terrorisierten die Versammlung in unerhörter Weise. Am lautesten waren wieder Halbstarke. Der Vorstand mußte schließlich mit dem Referenten flüchten. Nur dadurch, daß den nachdrängenden Gegnern die Tür des eisernen Vorhanges vor der Nase zugeschlagen wurde, kam er ohne Mißhandlungen davon. Der Grund der Aufregung war, daß der Referent einmal mit schonungsloser Deutlichkeit gezeigt hatte, was das deutsche Volk durch die Revolution und den Friedensvertrag erreicht hatte.

Die Reichstagswahl am 2. Juni 1920 zeigte wieder eine starke Mehrheit der Linken. Die Sozialdemokraten erhielten 32 392 Stimmen. Dazu kamen die 5060 Stimmen der Unabhängigen und die 684 Stimmen der Spartakisten. Die Deutsche Volkspartei erhielt 16 396 Stimmen, die Deutschnationalen brachten es auf 7656 Stimmen, so daß die Demokraten mit 7385 Stimmen auf den vierten Platz hinabsanken. Das Zentrum figurierte mit 569 Stimmen, während der neue Wirtschaftsbund es auf ganze 3 Stimmen brachte.

Inzwischen stieg die Teuerung dauernd. Bereits am Sonnabend, dem 26. Juni war die Lage in der Markthalle außerordentlich kritisch geworden. Frauen hatten nicht übel Lust, neue Plünderungen zu beginnen. Man konnte es nicht verstehen, daß die dauernden Lohnerhöhungen immer wieder wett gemacht werden sollten durch die steigenden Preise. Das Landesversorgungsamt bemühte sich, eine Senkung der Preise durchzuführen. Ebenso traten die Betriebsräte zusammen, um einen Ausweg zu suchen. Am 30 Juni aber platzte die Bombe.

Neue schwere Unruhen in Lübeck

Wieder ging es in der Markthalle zuerst los. Man setzte dort einfach Preise fest und zwang die Händler, zu diesen Preisen zu verkaufen, obwohl sie selbst viel höhere Einkaufspreise bezahlt hatten. Ein großer Teil der Waren wurde auch gestohlen. Die Polizei beschränkte sich in der Hauptsache, Plünderungen zu verhindern, während sie dem Zwangsverkauf ruhig zusah.

Von der Markthalle aus pflanzten sich die Unruhen in die Straßen fort. Wieder konnte man beobachten, daß die Unruhestifter nach einem bestimmten Plane handelten. Aus den Vorstädten usw. strömten die radikalen Elemente in Massen herzu, darunter wieder Kinder und Halbstarke. Besonders hatte es die Menge auf die großen Kaufhäuser abgesehen, in die es einzudringen versuchte. Ein starkes Polizeiaufgebot verhinderte es zunächst. Die Sicherheitspolizei, die alarmiert worden war, rückte gegen Mittag wieder ab. Bei den Unruhen in der Holstenstraße schlug die Menge Schaufenster des Holstenhauses ein und begann mit den Plünde-

rungen. Auf Schreckschüsse der Polizei stürmte die Menge das Vitturſche Waffengeschäft, um sich mit Waffen zu versehen. Polizei und Arbeiter konnten aber einen Teil der gestohlenen Waffen wieder in Sicherheit bringen. Ein Polizeibeamter wurde aufs schwerste mißhandelt und fortgeschleppt. Schließlich versuchte die Menge auch in das Rathaus einzudringen. Hier kam sie nicht durch, worauf das Stillersche Schuhgeschäft Ecke Fleischhauerstraße geplündert wurde. Nun erschien die Sicherheitspolizei wieder, die Schreckschüsse abfeuerte, worauf



Die Zerstörungen bei der Firma Rudolph Karstadt.

die Plünderer auseinanderstoben. Später aber versteifte sich der Widerstand der Menge. Zahlreiche Mitglieder der Sicherheitspolizei wurden angegriffen und verletzt. Man entriß ihnen die Gewehre und die Massen zogen dann unter Führung von richtigen Verbrechergestalten durch die Straßen.

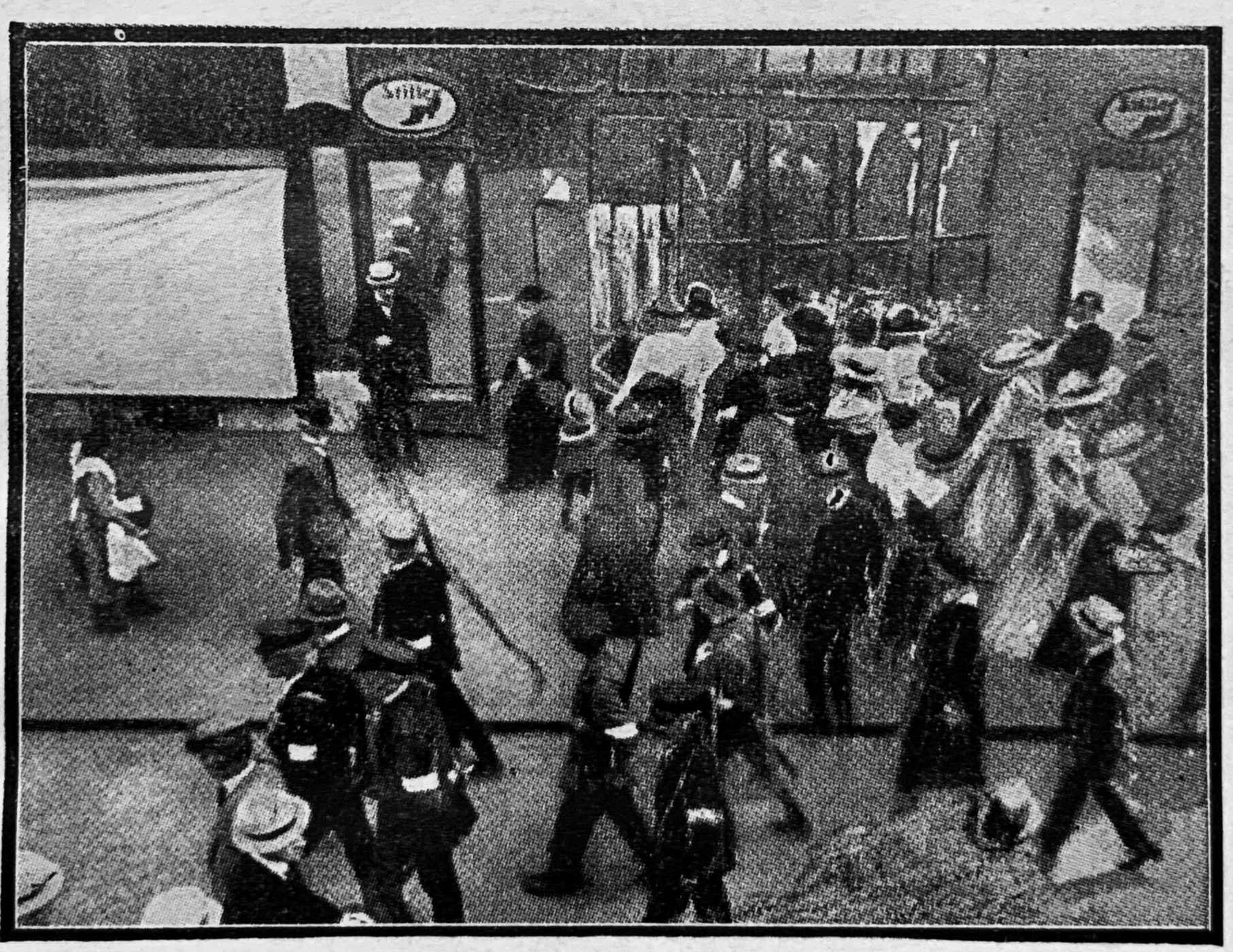
Wir schrieben damals von einem

schwarzen Tag für Lübeck.

Der Aufruhr tobte wie noch niemals vorher durch die Straßen. Riesige Werte wurden sinnlos zerstört. Halbstarke, Frauen und Mädchen gebärdeten sich am tollsten. Die Straßen waren übersät von den Splittern der zerschlagenen Schaufenster. Bei Karstadt beispielsweise blieb auch nicht ein Fenster heil. Vielfach zwang man auch die Ladeninhaber, ihre Lebensmittel halb umsonst zu verkaufen. Man sah, wie ganze Säcke von Mehl fortgeschleppt wurden. In der Marlesgrube wurden schließlich auch die Altwarenhändler ausgeplündert. Die grüne Polizei war kurz zuvor zur Kaserne gefahren und die blaue Polizei war zu schwach. Als die grüne Polizei auf Lastautos zurückkehrte, konnte sie gerade weitere Plünderungen der Geschäfte in der Sandstraße verhindern. Auch in der Vorstadt St. Lorenz waren die Plünderungen allgemein im Gange. In den Nachmittagsstunden drang die Menge nach dem Zertrümmern aller Schaufenster und der Türen in das Karstadthaus ein. Hier wurde alles fortgeschleppt, was nicht niet- und nagelfest war. Polizei, Angestellte und freiwillige Helfer traten den Plünderern entgegen und nahmen ihnen manches wieder ab. Wilde Kämpfe spielten sich in dem Hause ab. Man schlug schließlich erbarmungslos zu. In der Königstraße entspannen sich dann wieder noch Kämpfe um die fortgeschleppten Sachen. Aehnlich ging es im und am Holstenhaus zu.

Abends um 7 Uhr mußte durch Glockengeläute, Sirenengeheul und Böllerschüsse die Einwohnerwehr alarmiert werden. Mit deren Hilfe wurden die Straßen abgeriegelt und planmäßig gesäubert. Auf der Polizei

häuften sich die Sachen, die den Plünderern wieder entrissen werden konnten. Die Einwohnerwehr ging mit erfreulicher Energie vor. Als man einem Zug die Gewehre abnehmen wollte, drehten die Männer die Waffen um und schlugen mit dem Kolben zu. So hatten sie bald Luft. Unter den Rädelsführern befanden sich viele Hamburger, die per Bahn nach hier gekommen waren. Einer dieser Rädelsführer verletzte einen Kriminalbeamten schwer. Am Nachmittag wurde er erschossen. Ein anderer Mann kam dadurch zu Tode, daß er in ein



Das gleiche Bild bei der Firma Stiller.

Schaufenster fiel, wobei ihm die Scherben die Halsschlagader zerschnitten. Er verblutete binnen kurzem auf der Straße. Ein dritter Mann wurde von einer Kugel getroffen, die oben in der Breiten Straße in die Fleischhauerstraße abgefeuert wurde. Der Mann, ein Händler, passierte unten im Balauerfohr die Straße. Die Kugel tötete ihn augenblicklich.

Der Senat beschloß auf Grund dieser Ausschreitungen

die Verhängung des Ausnahmezustandes über Lübeck

und übertrug die vollziehende Gewalt dem Senatssyndikus Dr. Lange.. Die erste Verordnung Dr. Langes hatte folgenden Wortlaut:

1. Alle Ansammlungen auf Straßen und öffentlichen Plätzen über drei Personen werden hiermit verboten. Sämtliche Sicherheitsorgane sind angewiesen, gegen Ansammlungen mit aller Schärfe vorzugehen, und, falls Ansammlungen sich auf die erste Aufforderung nicht zerstreuen, rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen.
2. Auf Plünderer wird geschossen.
3. Es ist verboten, Personen, die mit der Wahrnehmung des polizeilichen Sicherheitsdienstes beauftragt sind oder für die Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der Ruhe zu sorgen haben
   a) zu Unbotmäßigkeit oder zum Ungehorsam gegen ihre Vorgesetzten aufzureizen oder zu verleiten.
   b) sonstwie zur Nichterfüllung der von ihnen übernommenen Pflichten oder Aufgaben zu verleiten,
   c) öffentlich, mündlich oder schriftlich zu beschimpfen oder zu bedrohen oder
   d) die Angehörigen solcher Personen wirtschaftlich zu bedrohen oder zu schädigen, zu boykottieren oder zu solchen Handlungen aufzureizen.
4. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden, sofern die bestehen-

den Gesetze keine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15 000 Mark bestraft.

Lübeck, 30. Juni 1920.

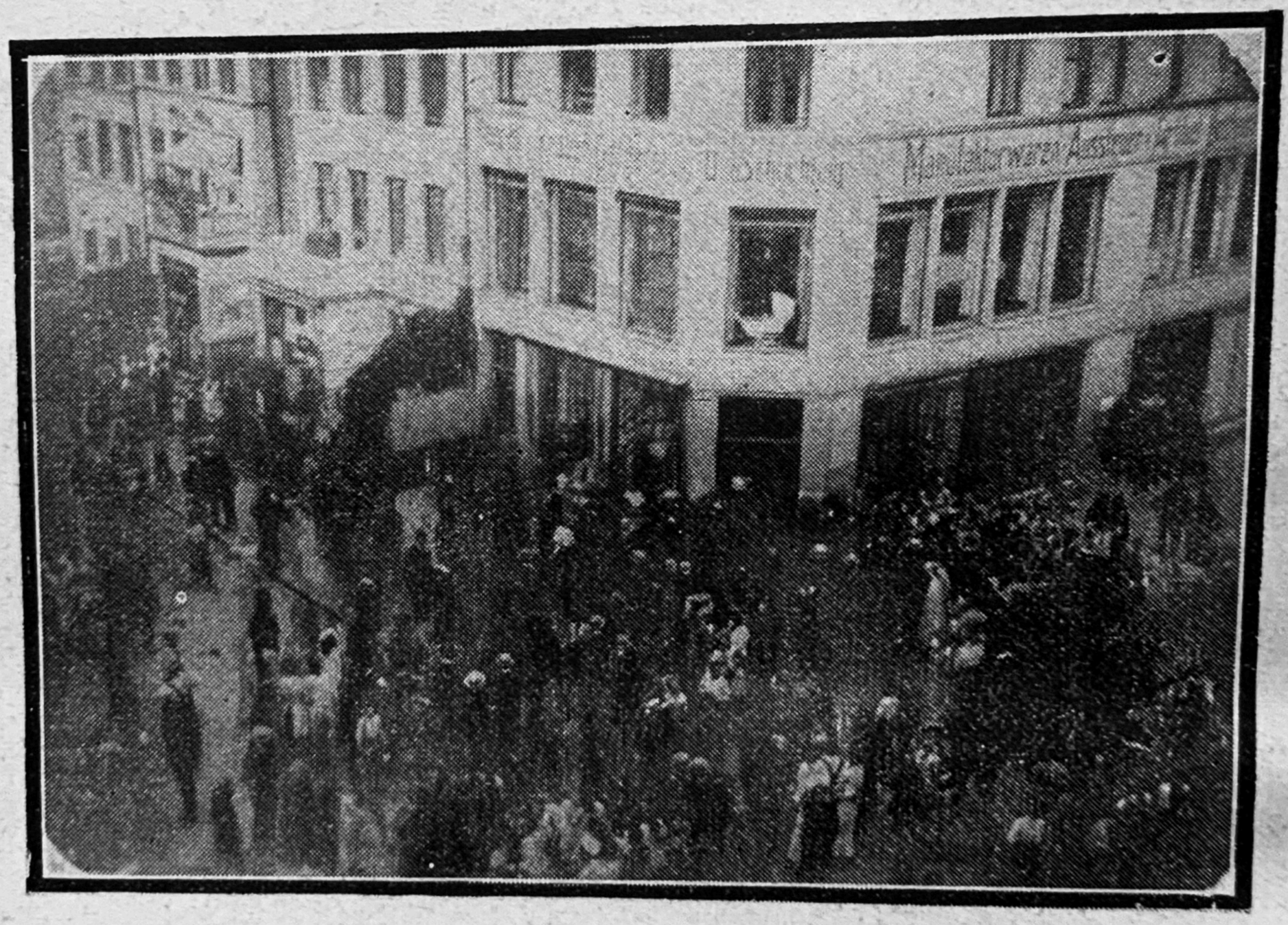
Der Regierungskommissar
Dr. Lange.

Dank dem tatkräftigen Eingreifen der Einwohnerwehr war am späten Abend wieder Ruhe, so daß die Einwohnerwehr um 12 Uhr zur Hälfte abgelöst werden konnte. Insgesamt wurden 25 Personen auf frischer Tat ertappt, alle im Alter von 14 bis 22 Jahren. Auf dem Bahnhof Reecke-Riendorf konnten drei Plünderer aus Hamburg verhaftet werden, als sie gerade mit ihrer Beute abfahren wollten. Der Aktionsausschuß der Unabhängigen wollte, daß am 1. Juli die Einwohnerwehr ohne Waffen Dienst tun sollte. Ein Trupp Arbeiter mit weißen Armbinden sollte jede Kompanie begleiten. Erfreulicherweise lehnte die Einwohnerwehr dies mit aller Entschiedenheit ab.

Die Folgen der Unruhen

In den nächsten Tagen setzte dann eine starke Kritik an der Sicherheitswehr ein, weil sie nicht nachdrücklich genug vorgegangen war. Ihnen war eben von oben herab der Waffengebrauch verboten worden. Zur Verteidigung dieses Verbotes wurde angeführt, welche Folgen ein rücksichtsloser Schußwaffengebrauch wohl gehabt haben würde. Wir wiesen in unserer scharfen Kritik aber darauf hin, daß auch die Einwohnerwehr ohne viel zu schießen rasch mit dem Mob fertig wurde. Das umgedrehte Gewehr half hier. In diesem Falle sei man auch sicher, daß in den weitaus meisten Fällen die wirklich Schuldigen ihren Denkzettel erhielten.

In den folgenden Tagen konnten immer weitere Personen als Schuldige ermittelt werden. Im Krankenhause lagen vier Schwerverletzte. Auch drei Kriminalbeamte



Ansammlungen vor dem Geschäftshaus Schlichting, Geverdesstraße.

und drei Schutzleute wurden schwer mitgenommen. Ein Schutzmann konnte nur gerade noch im letzten Augenblick davor bewahrt werden, in besinnungslosem Zustande in die Trave geworfen zu werden.

Am 3. Juli wurde der Ausnahmezustand wieder aufgehoben, da alles ruhig geblieben war. In der Bürgerschaftssitzung am 5. Juli wurde das Vorgehen der grünen Polizei mit scharfen Worten getadelt. Hier wurde aber von dem Senatskommissar betont, daß die grüne Polizei durch die Einsetzung der Untersuchungskommission anläßlich des Kapp-Putsch in ihrer Entschlußkraft gelähmt worden sei. Die Kommission hätte längst Bericht erstatten müssen, um das im Volke herrschende Mißtrauen gegen die Polizei zu beseitigen.

Die Not des Stadttheaters

Wenn damals mit Reden die allgemeine Not zu verhindern gewesen wäre, dann hätte man das Problem glänzend gelöst. Die Bürgerschaft tagte fast jede Woche, das Landesversorgungsamt ebenfalls und wenn man den Arbeiterrat nicht inzwischen in die Wüste gesandt hätte, so hätte er in Permanenz getagt.

Außerordentlich bedenklich war in diesem Jahre auch die Lage des Stadttheaters geworden. Der Besuch hatte angesichts der allgemeinen Not ganz erheblich nachgelassen. In der Bürgerschaft standen sich die Befürworter der Weiterführung des Stadttheaters und die, die Schluß haben wollten, ziemlich gleich stark gegenüber. Schließlich einigte man sich dahin, den Betrieb neu zu verpachten. Die finanzielle Beteiligung des Staates sollte wesentlich verringert werden, auf seine Aufsicht aber wollte der Staat nicht verzichten, um das künstlerische Niveau nicht herabgedrückt zu sehen.

Reichswehr und Sicherheitspolizei traf kein Vorwurf

Im September endlich erstattete der Untersuchungsausschuß, der das Verhalten der Reichswehr und der Sicherheitspolizei während des Kapputsches nachzuprüfen hatte, seinen Bericht. Durch die inzwischen erlassene Amnestie war seine Arbeit praktisch erledigt. Der Ausschuß hielt es aber trotzdem für seine Pflicht, festzustellen, daß weder der Reichswehr noch Sicherheitspolizei irgend ein Vorwurf zu machen sei. Ja, er ging sogar noch weiter. Sein Bericht war eine scharfe Kritik der Ausführungen mancher Redner in der Bürgerschaft, die erst die Einsetzung des Untersuchungsausschusses gefordert hatten. Denn er wandte sich gegen die Gerüchte, daß bei Reichswehr und Sicherheitspolizei nicht alles in Ordnung gewesen sei. Darauf sei das starke Mißtrauen in der Einwohnerschaft gegen die Sipo entstanden und vielleicht seien gerade darauf die bedauerlichen Vorkommnisse vom 30. Juni zurückzuführen gewesen. Die Sicherheitspolizei galt eben, so hieß es zum Schlusse dieses Berichtes, bei einem Teil der Einwohnerschaft nichts mehr, und so konnte man sich nicht wundern, daß ihr Erscheinen auch nicht beruhigend wirkte.

Die Bürgerschaft beschloß am 6. September den Erwerb weiterer Burgfeldbaracken und deren Umbau zu Kleinwohnungen.

Vom 1. Oktober 1920 an erschien der General-Anzeiger wieder nur sechsmal in der Woche. Im Kriege war das täglich zweimalige Erscheinen des Blattes eingeführt worden. Um dem Mangel an Noten zu decken, gab Lübeck wie viele andere Städte und Gemeinden Notgeld heraus. Man spekulierte hierbei auch auf Sammler von Notgeldscheinen.

Noch immer litten die Städte schwer unter der Kohlennot. Deswegen warf sich Lübeck auf die Torffabrikation, um wenigstens etwas zusätzliche Heizstoffe zu haben. Wiederholt mußten die Schulen geschlossen werden, weil die Temperatur in den Klassenzimmern ein Arbeiten unmöglich machte.

Am 20. Oktober 1920 erfolgte wieder einmal ein scharfer Protest der Handelskammer gegen Feindbundforderungen. Wie die Kammer sich gegen die Schiffsablieferungen gewandt hatte, die auch die Lübecker Handelsflotte bis auf wenige brauchbare Schiffe beseitigt hatte, so wandte sie sich jetzt gegen eine neue durch keine Bestimmungen des Versailler Diktats gestützte Forderung der Botschafterkonferenz der Alliierten, alle Dieselmotoren zu zerstören und fernerhin keine mehr zu bauen. In dieser Frage war der deutschen Regierung dann endlich ein Erfolg beschieden.

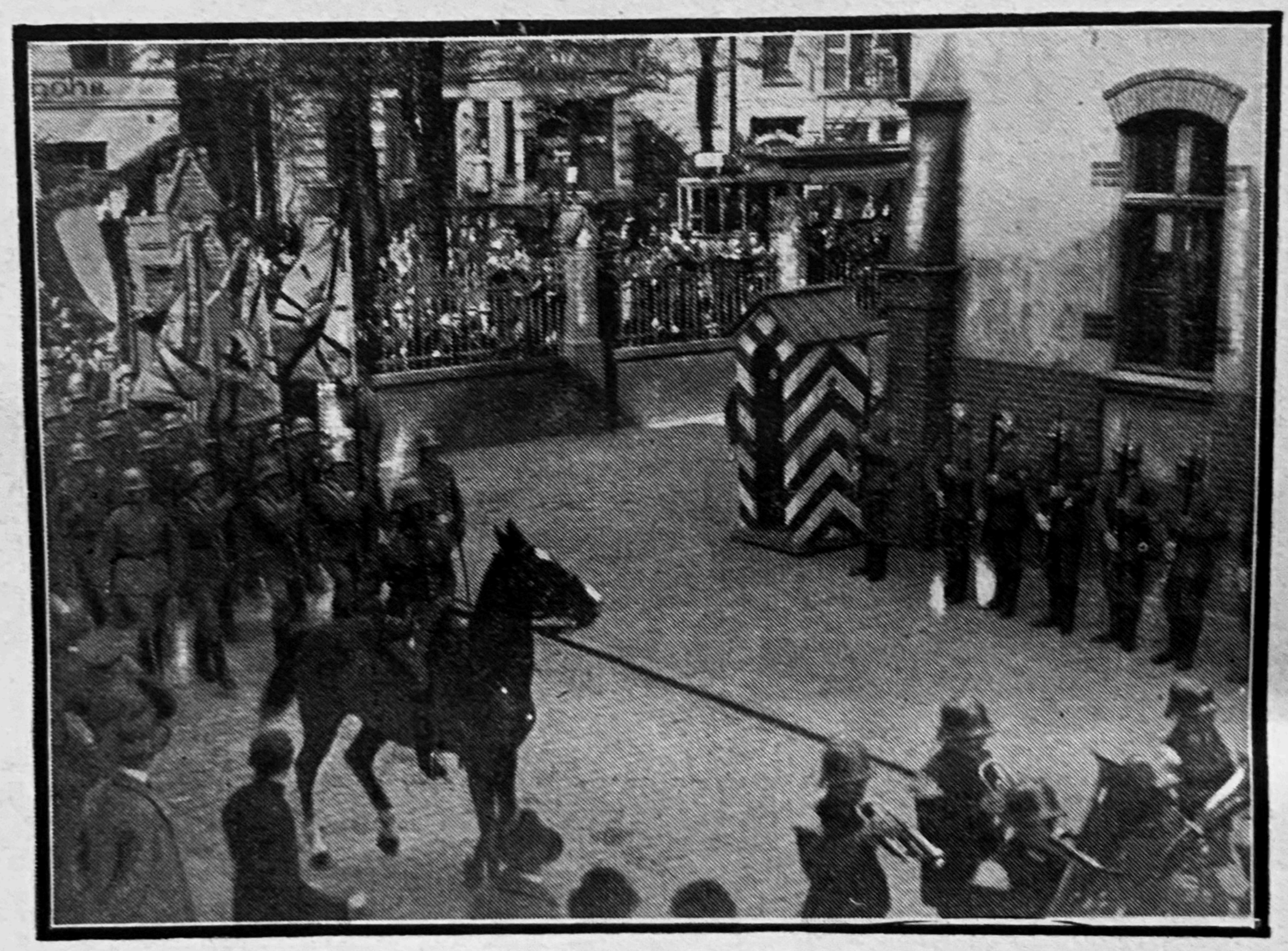
Ende Oktober wurde die Verstaatlichung des Privatlyzeums am Falkenplatz beschlossen. Gleichzeitig genehmigte die Bürgerschaft den Bebauungsplan für eine Siedlung am Wege Moisling-Niendorf. Anfang November bewilligte die Bürgerschaft der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft für den Bau von 40 Häusern ein Darlehn von 1 040 000 Mark. Auf Grund des neuen Reichsschulgrundgesetzes wurde Mitte November die Aufhebung der Vorklassen an den Mittel- und höheren Schulen zum 1. April 1921 beschlossen.

In allen Kreisen der Bürgerschaft regten sich nun wieder Bestrebungen, den nach der Revolution aufgelösten Vaterstädtischen Verein als überparteiliches Sammelbecken für alle bürgerlich gesinnten Wähler neu aufleben zu lassen. Das führte zu der Gründung des Bürgerbundes, der aber, das sei hier gleich bemerkt, wesentliche Wahlerfolge nicht erzielen konnte und auch wieder von der Bildfläche verschwand. Besonders starke Gegnerschaft fand der Bürgerbund bei den Demokraten, obwohl sich ein so alter Demokrat wie August Pape, begeistert für den Bund eingesetzt hatte.

Am 27. November wurde der Rücktritt des Bürgermeisters Dr. Fehling zum 31. Dezember bekannt. Das war zweifellos für Lübeck ein Verlust, da der nunmehr Scheidende es ausgezeichnet verstanden hatte, den Senat immer wieder zu sachlicher Arbeit zu führen.

Die Fahnen der 162er

Am 5. Dezember 1920 erlebte Lübeck wieder einmal ein Aufflammen der nationalen Idee. In St. Marien, der alten Ratskirche, fand eine Feier statt, an der Tausende teilnahmen, so daß die Kathedrale bis auf den letzten Platz gefüllt war. Die Fahnen des ruhmreichen Regiments 162 und des Landwehrbataillons Lübeck kehrten nach Lübeck zurück, um ihren Platz in der Marienkirche neben den Fahnen der



Die Fahnen der 162er.

Hanseatischen Legion und unter dem im heißen Kampfe erbeuteten Danebrog zu erhalten.

Damals schrieben wir: Die Truppenteile, die den Fahnen in Treue in den Weltkrieg gefolgt waren, existieren nicht mehr. Des Feindes Wille hat uns wehrlos gemacht. Nicht aber hoffnungslos! Deutschland hat immer wieder aus schwerer Not sich befreit, um nur größer und herrlicher wieder zu erstehen. Die Fahnen in St. Marien sollen und werden uns immer mahnen, für das Vaterland auch in Zukunft das Höchste zu wagen und nicht zu ruhen, bis wir frei unser Schicksal wieder selbst bestimmen können. Nach der Predigt des Pastors Pautke sang die tausendköpfige Menge in tiefer Inbrunst das Lutherische Trutzlied.

Trotz der allgemeinen Not gelang es damals, das Behnsche Haus durch eine Sammlung zu Museumszwecken für Lübeck zu erhalten. Es sollte ursprünglich zu einem Bankgebäude umgebaut werden.

Auflösung der Sicherheitspolizei und der Einwohnerwehr

Um die Jahreswende zwang uns das Gebot der Entente, die Sicherheitspolizei und die Einwohnerwehr aufzulösen. Für die Sicherheitspolizei wurde die Ordnungspolizei geschaffen. Durch den Umbau des Wollmagazins zu einem Polizeigebäude erhielt man die Möglichkeit, dort das gesamte Polizeiwesen zu vereinigen. Ebenfalls um die Jahreswende wurde auch das 200 000-Mann-Heer auf die uns von der Entente zugestandenene 100 000 Mann Reichswehr zurückgeführt und die in Lübeck liegenden Truppenteile wurden dem Reichswehr-Inf.-Regiment Nr. 6 zugeschlagen.

Wir sind am Ende des ersten Abschnittes unserer Geschichte Lübecks. Denn am 24. Januar 1921 wurde der bisherige Hauptschriftleiter des Volksboten, Friedrich, in den Senat gewählt. Der Platz war durch